



Um rund zehn Prozent hat der Franken gegenüber dem Euro aufgewertet und ist damit die schärfste Waffe gegen höhere Inflationsraten.

Foto: APA/Oliver Berg

ANALYSE

VON HERMANN NEUMÜLLER



Die Schweiz lässt bei der Inflation nichts anbrennen

Zweistellige Inflationsraten wie in der Eurozone sind für die Schweizer undenkbar – und sie reagieren schon bei drei Prozent

Während bei uns die Inflationsrate zum Sprung über die Zehn-Prozent-Hürde ansetzt, lag sie in der Schweiz im Juli bei 3,4 Prozent und damit zum ersten Mal seit 14 Jahren über drei Prozent. Was machen die Schweizer besser als wir?

Die erste Antwort, die man von Ökonomen bekommt: der starke Schweizer Franken bzw. das Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank-Führung und deren Geldpolitik. „Wenn der Schweizer Franken aufwertet, werden importierte Güter für Verbraucher billiger“, sagt Alexander Rathke von der Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich (KOF).

Auch Teodoro Cocca, Professor für Asset Management an der Johannes-Kepler-Universität, stellt den starken Franken an die erste Stelle. Während der Euro schwächelt, ist der Wert des Franken in den vergangenen Monaten um zehn Prozent gestiegen.

Als zweiten Grund nennt Cocca die Wirtschaftsstruktur der Schweiz, die vor allem einen starken Dienstleistungssektor aufweist. „Hier sind die Gehälter entscheidend, die Rohstoffpreise spielen in der Schweiz eine nicht so große Rolle wie etwa in Deutschland oder Österreich.“

Während bei uns vor allem der exorbitant gestiegene Strompreis

die Inflation treibt, deckt die Schweiz ihren Bedarf fast ganz aus Wasser- und Atomkraft. Nur im Winter muss die Schweiz Strom importieren, dann könnten sich die höheren europäischen Preise auswirken. Genau das erwartet KOF-Ökonom Rathke.

„Der Preisschub kommt verzögert, aber er kommt“, sagt er im OÖN-Gespräch. Rund 20 Prozent könnten es werden, die Inflationsrate könnte um 0,4 Prozentpunkte steigen. Dass der Preisschub verzögert kommt, hat auch mit einer Besonderheit des Schweizer Strommarktes zu tun. Die Eidgenössische Elektrizitätskommission legt den Preis jährlich fest, das nächste Mal zum Jahreswechsel.

Eine weitere Besonderheit in der Schweiz ist, dass hohe Importzölle auf Lebensmittel und Agrarprodukte das Land vor Preissprüngen in diesem Bereich schützen. Die



„Die Schweiz ist nicht so stark von den Rohstoffpreisen abhängig. Für die Preisstabilität ist aber die Stärke des Franken entscheidend.“

Teodoro D. Cocca, JKU-Professor

Schweizer heben den Preis für ausländische Agrarprodukte, die auch im Inland hergestellt werden, durch Importzölle auf das höhere Schweizer Niveau, um heimische Getreide-, Obst- und Gemüsebauern vor ausländischer Konkurrenz

zu schützen. „Wenn der Preis für Güter, die wir selbst produzieren, auf dem Weltmarkt steigt, sinkt also nur der Zoll“, sagt Rathke.

Das gilt freilich auch umgekehrt. In Zeiten ohne Krise sind die Preise hoch. Für Lebensmittel, die in den Nachbarländern zehn Euro kosten, seien in der Schweiz umgerechnet 18 Euro fällig, so Rathke. Die Preise seien damit stabiler, das Preisniveau sei aber auch sonst immer höher.

Dazu kommt, dass sich der Warenkorb für die Inflationsberechnung von jenem in der Eurozone unterscheidet. Im Schweizer Warenkorb machen Energiekomponenten wie Erdöl, Strom oder Gas nur rund fünf Prozent aus, während es in der Eurozone an die zehn Prozent sind.

Für JKU-Professor Cocca sind das alles aber nur „Facetten“ der Schweizer Preisstabilität. Aus seiner Sicht ist das Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank das entscheidende Element. Wenn man der Notenbank zutraue, dass sie in der Lage ist, die Inflation wieder einzufangen, trage dies allein schon zur Stabilität bei.

Darin sieht er auch einen Unterschied zur Europäischen Zentralbank, die in den vergangenen Monaten viel Vertrauen verspielt hat. Die US-Notenbank Fed liege da irgendwo dazwischen. Sie habe gezeigt, dass sie den Kampf gegen die Inflation aufgenommen hat, auch wenn damit das Risiko einer Rezession steige.

Moderna klagt Biontech und Pfizer

CAMBRIDGE. Das US-Biotechnologieunternehmen Moderna verklagt den deutschen Corona-Impfstoffhersteller Biontech und dessen US-Partner Pfizer. Grund ist eine angebliche Patentverletzung. Biontech und Pfizer hätten bei der Entwicklung ihres Impfstoffs Technologie kopiert, die Moderna Jahre vor der Pandemie entwickelt habe, so der Konzern am Freitag.

Moderna hat die Klage bei einem US-Bezirksgericht in Massachusetts sowie beim Landgericht Düsseldorf eingereicht und fordert Schadenersatz in unbestimmter Höhe. Man habe mit der Entwicklung der mRNA-Technologie Pionierarbeit geleistet und Milliarden Dollar investiert. Die Technologieplattform soll geschützt werden. Moderna und Biontech gelten beide als Vorreiter der mRNA-Technologie, auf der die jeweiligen Corona-Impfstoffe beruhen.

Fed-Chef bleibt beim harten Kurs gegen die Inflation

Jerome Powell deutet in Jackson Hole weitere Leitzinserhöhungen in den USA an

JACKSON HOLE. Die US-Notenbank Fed hat im Kampf gegen die Inflation weitere Leitzinserhöhungen in Aussicht gestellt. „Die Wiederherstellung der Preisstabilität wird wahrscheinlich die Fortsetzung einer restriktiven Geldpolitik für einige Zeit notwendig machen“, sagte der Vorsitzende der Notenbank, Jerome Powell, gestern bei seiner mit Spannung erwarteten Rede bei der Notenbankkonferenz von Jackson Hole.

Es spreche die historische Erfahrung dagegen, die Geldpolitik zu früh zu lockern, sagte Powell, gab jedoch keine klaren Signale für die nächste Zinssitzung der Notenbank. „Unsere Entscheidung auf der September-Sitzung wird von der Gesamtheit der eingehenden Daten und den sich entwickelnden Aussichten abhängen“, sagte der Fed-Chef. Es könnte jedoch ein erneut „außergewöhnlich großer“ Zinsschritt notwendig werden.



Jerome Powell will offenbar weiter an der Zinsschraube drehen. (APA/Mandel Ngan)

Die US-Notenbank hatte ihren Leitzins auf der jüngsten Sitzung im Juli um 0,75 Prozentpunkte auf 2,25 bis 2,5 Prozent angehoben. Es war die vierte Erhöhung des Leitzinses seit Beginn der Corona-Pandemie und der zweite Anstieg in Folge um 0,75 Prozentpunkte. Der Grund für das entschlossene Handeln der Notenbank ist die sehr

hohe Inflation. Die Jahresrate hatte im Juli bei 8,5 Prozent gelegen. Die Fed strebt eine Rate von zwei Prozent an.

An den internationalen Börsen kam die Rede Powells nicht gut an. Der österreichische Leitindex ATX verlor zum Börsenschluss hin 1,33 Prozent, nachdem er im Verlauf des gestrigen Handelstages im Plus

Digitalos: Bewerbungsfrist endet bald

LINZ. Auch heuer verleihen die OÖ-Nachrichten ihren Digitalpreis, den Digitalos, an die digitalen Vorreiter des Bundeslandes.

Das Fahrrad liegt als urbanes Fortbewegungsmittel im Trend. Mit Ende 2020 hat der Gesetzgeber Steuervorteile für Dienstfahräder beschlossen. Die steuerliche Erleichterung des Rad-Kaufpreises in monatliche Raten „umzuwandeln“, ist für Arbeitgeber jedoch kompliziert. Das Ehepaar Ann-Kathrin und Gerhard Mayrhofer hat mit ihrem Start-up „LeaseMyBike“ diesen Prozess digital vereinfacht. „Wir machen die Sache einfach“, sagt Gerhard Mayrhofer. Verträge, Unterschriften und Versicherung werden digital abgewickelt, nichts muss ausgedruckt werden. Die Mitarbeiter suchen online ein Dienstrad aus, dann wird eine monatliche Leasingrate errechnet, die vom Bruttolohn abgezogen wird. Beworben hat sich LeaseMyBike in der Kategorie „Digitale Start-ups“.

Priese in fünf Kategorien

Interessente können sich auch als „Digitale Persönlichkeit“ und in den Kategorien „Digitales Engagement“ und „Digitale Transformation“ bewerben. Außerdem wird ein Preis für den „Digitalen Pionier“ vergeben. Die Gewinner werden von einer fachkundigen Jury ausgewählt, der unter anderen JKU-Professorin Martina Mara angehört.

Nach zwei Jahren ohne Publikum findet die Gala am 6. Oktober im OÖN-Forum in den Promenaden Galerien in Linz statt. Bewerbungen sind noch bis Samstag, 3. September, auf digitalos.nachrichten.at möglich. Dort können Unterlagen hochgeladen werden.



Die Verleihung des Digitalos findet am 6. Oktober 2022 statt. Foto: RuP/LB